"Die Gerechtigkeit ist nichts anderes als die Nächstenliebe des Weisen." (Gottfried Wilhelm Freiherr von Leibniz), wenn dies so ist, gibt es auf der Welt überall Gerechtigkeit oder gibt es keine Weisen mehr? Wer sich nur ein wenig umschaut, begegnet überall Leid, Elend, Krieg, Tod, Hunger, allerorten herrscht Ungerechtigkeit. Was können wir und vor allem auch unsere deutschen Politiker dagegen tun? Mit dieser Fragestellung haben wir uns auseinandergesetzt und haben Interviews mit ehemaligen und aktuellen Spitzenpolitikern in Deutschland geführt.

Interview mit Bijan Djir-Sarai (FDP), Mitglied des <u>Deutschen Bundestages</u> und kommissarisch der Generalsekretär der FDP

Frage 1: Als Bundestagsabgeordneter setzen Sie sich für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation vor allem im Mittleren und Nahen Osten ein. Nach dem Grundgesetz



gilt die Würde ja für jeden Menschen als unantastbar. Wie sollte Deutschland Ihrer Meinung nach auf den (kulturellen) Genozid und die Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang/China, u.a. an den Uiguren, reagieren?

Was den Uiguren in China widerfährt, ist schockierend und aufs Schärfste zu verurteilen. Der Umgang Chinas mit politischen und kulturellen Minderheiten im eigenen Land ist absolut inakzeptabel. Wir müssen im Rahmen einer wertegeleiteten Außenpolitik gegenüber autokratischen Regimen wie der chinesischen Kommunistischen Partei immer wieder klarmachen, dass Menschenrechte für uns nicht verhandelbar sind. Es ist daher ein richtiges politisches Zeichen, dass keine deutschen Politiker zu den olympischen Spielen nach Peking gereist sind.

Frage 2: Wie Sie wiederholt in Interviews geäußert haben, hat Sie ihre Kindheit im autoritären Iran politisch stark geprägt. Könnten Sie uns anhand von einem Beispiel verdeutlichen, wie sich ihre Kindheit im Iran und in Deutschland unterschieden hat und wie sie dadurch beeinflusst wurden in ihrer weiteren Entwicklung?

Der mit der Islamischen Revolution im Iran verbundene Schrecken und die Gewalt haben mich nachhaltig geprägt. Mir braucht niemand den Wert von Freiheit und Sicherheit zu erklären. Ich habe leider am eigenen Leib erfahren müssen, was es heißt, in einem unfreien Land zu leben. Auch deshalb engagiere ich mich in einer Partei, für die die Freiheit an erster Stelle steht. In Deutschland musste ich mir um meine Sicherheit glücklicherweise nie Gedanken machen, wofür ich sehr dankbar bin.

Frage 3: In Deutschland hat in den letzten Jahren, u.a. auch ausgelöst durch die Flüchtlingsbewegungen, die Fremdenfeindlichkeit in Deutschland zugenommen. Haben Sie auch schon persönliche Erfahrungen damit gemacht?

Ich habe mich in Deutschland von Anfang an willkommen gefühlt. Aber auch ich muss gestehen, dass sich die Situation in den vergangenen Jahren verändert hat. Immer öfter sehen sich Menschen mit Migrationshintergrund Anfeindungen ausgesetzt und leider nehmen auch die fremdenfeindlichen Straftaten zu. Diese Anfeindungen dürfen nicht stillschweigend unter den Teppich gekehrt werden.

Frage 4: Die FDP ist nun nach einer langen Durststrecke wieder Mitglied in der Regierung und hat es bei den Koalitionsverhandlungen auch geschafft, viele eigene Ziele durchzusetzen. Worin würden Sie die zentralen Ziele der FDP im Bereich Gerechtigkeit sehen?

Der Begriff Gerechtigkeit umfasst für mich vor allem Chancengerechtigkeit. Jedes Kind soll unabhängig von seinem Elternhaus und seiner Herkunft den gleichen Zugang zur bestmöglichen Bildung erhalten. Wir müssen auch dringend veraltete Rollenbilder aufbrechen, um echte Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit zu ermöglichen.

Frage 5: Die digitale Infrastruktur in Deutschland ist in vielen Bereichen noch sehr lückenhaft, vor allem im Bildungsbereich klaffen wahre Brüche zwischen den realen Bedürfnissen und dem Schulalltag auf. Wie könnte man in diesem Bereich eine gerechte Beteiligung und Integration aller SchülerInnen fördern?

Die Digitalisierung in Deutschland muss dringend weiter vorangetrieben werden. Bei der Digitalisierung geht es nicht nur darum, durch Effizienz Kosten zu reduzieren. Sie erleichtert uns den Alltag ungemein. Das haben wir besonders in den letzten Jahren während der Pandemie gesehen. Der Onlineunterricht während der Corona Pandemie hat nochmal deutlich gemacht, wo wir besser werden müssen. Wichtig ist mir dabei nicht nur, dass jeder Schüler und jede Schülerin den Zugang zu technischen Möglichkeiten hat, sondern dass die Lehrerinnen und Lehrer damit auch umgehen können und spannende neue Lehrkonzepte mitentwickeln.



Foto von Laurence Chaperon

Interview mit Bundespräsident a.D. Christian Wulff

- 1. Frage: Als ehemaliger Bundespräsident, der zum Rücktritt ungerechtfertigter Weise getrieben wurde, haben Sie selbst negative Erfahrungen mit den Medien und der Justiz im Bereich der Gerechtigkeit erfahren. Welche Reformen wären Ihrer Meinung nach nötig, um im Justiz- und Medienbereich gerechter behandelt zu werden?
 - 1. Natürlich halte ich es für erforderlich, dass sich sowohl die Staatsanwaltschaften als auch Journalisten ethisch und moralisch verhalten. In meinem Fall wurde ja der Nachweis erbracht, dass Staatsanwälte Straftaten nämlich Geheimnisverrat begangen haben und dass Medien durch Gerichte der gefälschten Artikel überführt wurden. Der Rechtsstaat hat aber in meinem Falle eben auch sehr gut funktioniert. Ich hatte ein rechtsstaatliches Verfahren, das mit einem Freispruch endete. Zeitungen wurden verurteilt und auch gegen die Staatsanwälte wurde ermittelt.

Entscheidend kommt es auf die Bürgerinnen und Bürger an. Deswegen ist meine Empfehlung weniger, die Hoffnung auf bestimmte Reformen zu setzen, als die Hoffnung in die Bürgerschaft zu setzen. Jede und jeder sollte neugierig und unvoreingenommen sein. Die Unschuldsvermutung und die Verhältnismäßigkeit wahren, viel lesen und recherchieren, um sich damit ein eigenes, gut begründetes Urteil zu erlauben. Jeder, der in einen Dialog eintritt, sollte auch dabei die Bereitschaft mitbringen, sein eigenes Urteil zu revidieren. Das wäre für unser Gemeinwesen und für unsere Demokratie das Beste.

- 2. Frage: Als Vorsitzender des Stiftungsrates der Deutschlandstiftung Integration setzen Sie sich wie in ihrer Präsidentschaft für die Integration von Flüchtlingen und Neubürgern ein. Welche Maßnahmen würden sie sich von der aktuellen Regierung wünschen, um diese Arbeit zu unterstützen, damit alle Menschen gerecht behandelt werden können?
 - 2. Ich wünsche mir von allen Politikerinnen und Politikern, dass die Startchancen der Menschen verbessert werden, deren Eltern aus anderen Ländern stammen oder die erst kurze Zeit bei uns leben. Ich wünsche mir, dass für Empathie, für Einfühlungsvermögen in die Situation anderer Menschen geworben wird. Dass wir eine bunte Republik sind, mit großer Offenheit für Fremdes und Fremde, die längst Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Land geworden sind. Wenn wir offen und fair sind, dann können wir auch für die Einhaltung von Regeln und unsere Art, zu leben, offensiv werben. Alle Erfahrung zeigt, dass man Parallelgesellschaften schon dadurch verhindern kann, dass sich die eine Seite auf die andere zubewegt.
- 3. Frage: In ihrem Interview mit dem Linken-Spitzenpolitker Gregor Gysi bei MISSVERSTEHEN SIE MICH RICHTIG haben Sie gezeigt, dass es auch bei allen politischen Unterschieden möglich ist, auch über Parteigrenzen hinweg, respektvoll und zielorientiert miteinander umzugehen. Was würden Sie sich von Parteipolitikern wünschen, um die politischen Entscheidungsprozesse effektiver, transparenter und gerechter zu gestalten?
 - 3. An den Anfang sollte immer eine Priorität gestellt werden: was dem Land, dem Gemeinwohl nutzt. Dahinter sollten parteipolitische Interessen zurücktreten, schon gar persönliche Interessen. Wenn man die Interessen des Landes bei allen Beratungen und Entscheidungen in den Mittelpunkt stellt, dann kommt es indirekt ohnehin auch der eigenen Partei und dem eigenen Einfluss zugute. Wer parteitaktisch kungelt und persönliche Interessen wenn auch verdeckt verfolgt, wird auf kurz oder lang, so hoffe ich jedenfalls, stets scheitern.
- 4. Frage: In unserer globalisierten Weltwirtschaft sind wir immer mehr davon abhängig, Waren zu importieren und zu exportieren. Dabei ist es für den Endverbraucher fast unmöglich zu kontrollieren, ob Produktionsprozesse menschenverachtend sind, wie z.B. beim Einsatz von uigurischen Zwangsarbeitern in China. Was sollte im Bereich der internationalen Wirtschaftspolitik Deutschlands ihrer Meinung nach geändert werden, um dem Artikel 1 des Grundgesetzes, die Würde des Menschen ist unantastbar, gerecht zu werden.
 - 4. Zu dieser Frage haben wir viele Fehlentwicklungen in der Welt und auch Rückschläge zu verkraften. Nach dem 2. Weltkrieg waren wir mit der Gründung der Vereinten Nationen und der Verabschiedung der Erklärung der allgemeinen Menschenrechte weiter als heute, wo immer mehr Staaten solche internationalen

Vereinbarungen torpedieren oder in ihrem eigenen Sinne auslegen. Um unsere Werte und Überzeugungen tatsächlich zu leben, gibt es jetzt immerhin Lieferkettengesetze, die politische Maßnahmen erleichtern und hoffentlich auch Konsumenten die Chance geben, bestimmte Produkte zu meiden. Die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher müssen aber weiter gestärkt werden durch mehr Information.

- 5. Frage: In den letzten Jahren ist in Deutschland immer mehr eine Spaltung der Gesellschaft zu erkennen, viele verstehen unter Gerechtigkeit etwas vollkommen anderes als man selbst. Wie kann es die Politik schaffen, wieder mehr Konsens auf Basis des Grundgesetzes in diesem Bereich zu schaffen.
 - 5. Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist vielleicht das wichtigste Thema der jetzt handelnden Generation. Meine Elterngeneration hatte als zentrale Herausforderung den Wiederaufbau nach dem Krieg zu bewältigen und für meine Generation war die Gestaltung der Wiedervereinigung die große Aufgabe. Jetzt muss es darum gehen, dass Gräben zugeschüttet werden und Brücken gebaut werden: zwischen Ost und West, Arm und Reich, Älteren und Jüngeren, wie auch zwischen Menschen mit oder ohne Handicap. Vor allem Alleinerziehende mit Kindern und Familien müssen dann stärker entlastet werden, wenn sie über geringe Einkommen verfügen. Sonst haben insbesondere Kinder nicht die Möglichkeiten, ihre eigenen Potenziale so auszuschöpfen, wie es unsere Gesellschaft braucht. Da liegt einiges in unserem an sich reichen Land nach wie vor im Argen.



Quelle: Deutscher Bundestag

Frage 1: Herr Gysi, als Linken Politiker, der als begabter Rhetoriker sehr bekannt ist, haben Sie während der Coronapandemie, wie zuletzt in Salzwedel, die Coronapolitik der letzten beiden Regierungen häufig kritisiert. Wie sollte ihrer Meinung nach eine gerechte Coronapolitik aussehen?

Sie müsste vor allem in sich logisch sein. Man kann es doch niemandem erklären, dass 30 Kinder in Schulräumen ohne Luftfilter stundenlang zusammensitzen müssen, während man in Gaststätten nur mit 2G+ reinkommt. Außerdem: Zum Teil gab es auch wirre und unvollständige Informationen. Menschen mit geringen Einkommen müssen viel stärker unterstützt werden, als das bisher geschieht, und die wirklich Vermögenden, von denen nicht wenige ihren Reichtum in der Pandemie noch einmal deutlich gesteigert haben, muss man angemessen zur Finanzierung der gesellschaftlichen Kosten der Pandemie heranziehen. Es darf doch nicht sein, dass Menschen, die von Hartz IV leben, auch noch die FFP2-Masken davon bezahlen sollen, während die Eigentümer der großen Handelsketten gar nicht mehr mit ihren Milliarden wohin wissen.

Frage 2: Die Schere zwischen arm und reich in Deutschland geht ja immer mehr auseinander. Was würden Sie sich von der aktuell verantwortlichen und der nächsten Generation wünschen, damit sich dies ändert.

Ich habe mich gefreut, dass sich die junge Generation in Bezug auf den Klimawandel rebellisch zeigt und da auch nicht locker lässt. Diesen Einsatz müsste sie nun mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit verbinden. Man muss die Klima- und die soziale Frage zusammendenken und lösen. Dann würde sich sehr schnell zeigen, dass wir die Art, wie wir Güter und Dienstleistungen produzieren und nutzen, verändern müssen. Es bräuchte drei Erden, wenn alle Menschen auf der Welt so leben würden wie wir. Wir haben aber nur eine und die Menschen in der Dritten Welt haben das gleiche Recht wie wir auf ein gutes Leben. Also müssen wir darüber nachdenken, wie wir weniger Ressourcen der Erde verbrauchen.

Frage 3: In ihrem Interview mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff bei MISSVERSTEHEN SIE MICH RICHTIG und ihren Geplänkeln mit Bundestagsprädident Lammert bei Plenardebatten haben Sie häufig Verständnis und Nähe zum politischen christdemokratischen politischen Gegner gezeigt. Was könnte sich die heutige Linke beim Thema Gerechtigkeit bei der CDU abschauen.

Es wäre wohl besser, wenn die CDU sich da etwas von uns abschauen würde. In den 16 Jahren der Regierung Merkel hat sich die soziale Spaltung vertieft. Die etwa Hundert Milliardäre in Deutschland besitzen mehr Vermögen als die 45 Millionen Menschen mit den kleinsten oder ohne Vermögen zusammen. Das gefährdet den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Ich finde, die CDU sollte sich wieder mehr auf ihr christliches Erbe besinnen, also zum Beispiel auf die Bergpredigt. Und Die Linke sollte sie immer wieder daran erinnern und gelegentlich etwas selbstkritischer sein.

Frage 4: Sie waren ja schon vor der Wiedervereinigung als Politiker aktiv, worin würden Sie beim Thema Gerechtigkeit Vorteile in der ehemaligen DDR sehen?

Es gab keine solche soziale Spaltung und die Chance zu studieren, auf Bildung und Ausbildung überhaupt und der Zugang zur Kultur hing nicht vom Geldbeutel der Eltern ab. Bei allen politischen Restriktionen, die es gab, war es ein Leben in sozialer Sicherheit.

Frage 5: Politisch und ideologisch sind Sie in ihren Ansichten stark von Marx und Engels geprägt, was macht diese Philosophen aus ihrer Sicht heute so aktuell.

Niemand hat das Funktionieren des Kapitalismus wissenschaftlich so untersucht und nachvollziehbar dargestellt wie Marx und Engels. Ihre dialektische Methode, das heißt Argument und Gegenargument zu nennen, um dann eine Lösung zu finden, führte zu Erkenntnisgewinn. Das kann uns auch heute helfen, Zusammenhänge zu verstehen. Natürlich konnten sie die Digitalisierung nicht vorhersehen, aber von ihnen erkannte Grundzusammenhänge des Kapitalismus wie die Kapitalkonzentration und der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit bestimmen dessen Entwicklung bis heute.